



VOLKER ULLRICH

IHR BUNDESTAGSABGEORDNETER FÜR AUGSBURG UND KÖNIGSBRUNN

AKTUELLES AUS AUGSBURG, KÖNIGSBRUNN UND BERLIN

NEWSLETTER | 01. MÄRZ 2022

FRIEDENSSTADT AUGSBURG – SOLIDARITÄT IN KRIEGSZEITEN



Kundgebung des ukrainischen Vereins in Augsburg aus Solidarität mit der Ukraine und ihren Menschen. Der Angriffskrieg Putins ist einer auf die Friedensordnung und die Freiheit.



Volker Ullrich
@VolkerUllrich

100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und Erfüllung des 2%-Ziels bei den Verteidigungsausgaben verwirklicht die jetzt gebotene sicherheitspolitische Zeitenwende. Die Bundesregierung hat hier breite Unterstützung. Durch Stärke werden Frieden, Freiheit und Sicherheit garantiert.



Volker Ullrich
@VolkerUllrich

Der 24. Februar 2022 ist ein geschichtlicher Wendepunkt. Mit dem dem Angriffskrieg gegen die Ukraine attackiert Putin die Friedensordnung und bricht das Völkerrecht. Solidarität mit der Ukraine und ihren Menschen. Europa muss jetzt geschlossen und entschlossen handeln.

08:44 · 24.02.22 · Twitter for iPhone



Volker Ullrich
@VolkerUllrich

Die Anerkennung von Donezk und Luhansk durch Russland ist eine rechtliche Aggression. Das Minsker Abkommen wird gebrochen und das Völkerrecht verletzt. Umso entscheidender ist jetzt, dass die westlichen Demokratien geschlossen und entschlossen auftreten.

100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und Erfüllung des 2%-Ziels bei den Verteidigungsausgaben

Sicherheit bedeutet auch, unser Bündnis zu stärken und an der Seite unserer Partner zu stehen. Zusammen stehen wir in diesen Stunden mehr denn je an der Seite der Ukraine und ihren Menschen.

Der 24. Februar 2022 ist ein geschichtlicher Wendepunkt

Die russischen Angriffe gegen Ziele in der gesamten Ukraine sind durch nichts zu rechtfertigen. Wir erleben einen Bruch des Völkerrechts und einen Angriff gegen unsere Friedensordnung. Wir werden das nicht hinnehmen. Europa steht zusammen.

**DER NEUBAU DER BAHNSTRECKE AUGSBURG-
ULM IST VON ÜBERRAGENDER BEDEUTUNG
FÜR DIE GESAMTE REGION AUGSBURG UND
DEN REGIERUNGSBEZIRK SCHWABEN.**

Es ist das wichtigste Infrastrukturprojekt für Jahrzehnte und entscheidet darüber, ob Augsburg und die gesamte Region langfristig eine gute Anbindung an das deutsche und internationale Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn erhält. Zudem kann der Ausbau den Nahverkehr in der Region verbessern und die Region enger vernetzen.

Augsburg hat mit der ICE-Strecke über Ingolstadt in den 90er Jahren zahlreiche Verbindungen in den Norden und Westen Deutschlands verloren. Jetzt geht es darum, durch gemeinsames und kluges Handeln dafür zu sorgen, nicht abermals einen möglichen Ausbau der Bahninfrastruktur zu verpassen.

Dafür ist ein abgestimmtes und konstruktives Vorgehen in der Region notwendig. Der Ausbau der Bahnstrecke Augsburg-Ulm ist eine große Chance für die ganze Region. Berechtigte Fragen in Bezug auf die Trassenwahl, Lärmschutz, Naturschutz und lokale Betroffenheiten müssen selbstverständlich intensiv erörtert werden. Es ist daher nicht konstruktiv, das Projekt zu zerreden und Vorschläge zu unterbreiten, die nur dazu dienen, dieses Projekt zu verhindern. Dazu zählen neben Vorstellungen eines Bahnhofs außerhalb Augsburgs auch Überlegungen, auf einen vielgliedrigen Aus-, bzw. Neubau zu verzichten oder die geplante Fahrtzeit von 26 Minuten und damit die Einbindung in den Deutschlandtakt in Frage zu stellen. Die Ideen aus der Mitte der SPD sind falsch und gefährden das Projekt insgesamt. Mit allein einem dritten Gleis werden nicht die erforderlichen Kapazitäten für spürbare Verbesserungen im Nahverkehr geschaffen und mit einer Absage an eine Fahrtzeit von 26 Minuten wird das ganze Projekt in Frage gestellt. Denn eine Realisierungschance durch die Bahn besteht nur, wenn die Vorgaben des Deutschlandtakts erfüllt werden.



Daran sollte sich auch die SPD als Regierungspartei gebunden sehen. Von der Ampel-Regierung in Berlin erwarte ich ein klares Bekenntnis zur Neubaustrecke Augsburg-Ulm. Das habe ich heute auch in einem Schreiben von dem neuen Bundesverkehrsminister Volker Wissing gefordert.

Die Resolution der Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg Eva Weber und der Landräte an der künftigen Bahnstrecke ist ein gutes und klares Bekenntnis zu den Planungszielen und einem Mehrwert für die Region. Diese Resolution stellt eine konstruktive Grundlage für die notwendigen Gespräche in der Region dar. Eine Festlegung auf eine bestimmte Trasse ist damit nicht verbunden. Wer die künftigen Herausforderungen im Bereich Klimaschutz und Mobilität sieht, kommt an einer Stärkung der Bahn nicht vorbei. Dazu gehört in unserer Region der Neubau der Bahnstrecke Augsburg-Ulm.



Augsburgs Ehrenbürger und langjähriger Rabbiner der israelitischen Kultusgemeinde Dr. Henry Brandt ist verstorben. Er wurde 94 Jahre alt. Er hat sich stets für die Aussöhnung zwischen den Religionen stark gemacht und war Brückenbauer und Versöhner. Aber auch eine starke Stimme jüdischen Lebens in unserer Stadt. Ich durfte ihm öfters begegnen. Wie hier beim Besuch des Bundespräsidenten a.D Joachim Gauck. Meine Gedanken sind bei seiner Familie und der jüdischen Gemeinde.

NACHRICHTEN AUS DER REGION



Gemeinsam mit der bayerischen Verkehrsministerin Kerstin Schreyer, Oberbürgermeisterin Eva Weber, MdL Andreas Jäckel und Johannes Hintersberger auf einen Ortstermin am Augsburger Hbf. Wir wollen gemeinsam mit der Bahn die Aufenthaltsqualität und die Barrierefreiheit des Bahnhofs verbessern. Dazu gehört die Idee von Rolltreppen am Südeingang ebenso wie die Prüfung, ob der Posttunnel nicht auch nach der Eröffnung des Mitteltunnels offen bleiben könnte.



**VOLKER ULLRICH**

📍 Standort Augsburg

Zukunft von Premium Aerotec

Der Einsatz gegen eine Zerschlagung von Premium Aerotec hat sich gelohnt:

Airbus und die IG-Metall haben sich geeinigt: Beibehaltung bestehender Arbeitspakete, langfristige Sicherung der Standorte und Beschäftigungsgarantie bis 2030 sind ein starkes Ergebnis der Verhandlungen und ein Aufatmen für die vielen Beschäftigten am Standort Augsburg.

Die Aufspaltung des Premiumaerotec-Standorts ist vom Tisch! Airbus und die IG Metall haben sich auf ein Paket geeinigt, das für die Beschäftigten wieder eine Zukunftsperspektive bietet. Dazu gehört auch eine Beschäftigungsgarantie bis 2030. Das ist ein nächster großer Schritt für die Sicherung unseres Standorts und ein gutes Signal für die deutsche Luft- und Raumfahrt-industrie. Der Einsatz lohnt sich!



**VOLKER ULLRICH**

285,7 Millionen Euro KfW-Förderung für Augsburg

2021 wurde Augsburg mit einem Gesamtvolumen von 285,7 Millionen Euro durch die KfW gefördert und ist damit einer der deutschen Spitzenreiter. Das sind großartige Neuigkeiten!

Neben Privatkunden haben vor allem Projekte der kommunalen und sozialen Infrastruktur sowie Energieeffizienz und erneuerbare Energien profitiert. Millionen, die in die Nachhaltigkeit unserer Stadt fließen!

Gute Nachrichten für Augsburg! 2021 sind rund 286 Millionen € durch KfW-Förderungen in unsere Stadt geflossen. Darunter ganze 4032 geförderte Wohneinheiten. Damit sind wir einer der deutschen Spitzenreiter! Besonders gefördert wurden hier Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Gutes angelegtes Geld für die Zukunft von Augsburg!

NACHRICHTEN AUS DER REGION



Besuch bei der „Medizinsparte“ von Kuka in Augsburg. Hier werden Roboter designt, die Medizingeräte präzise führen können. In der Medizin ergeben sich hier ein weites Feld an Anwendungen. Die Entwicklung ist in Augsburg.



Wie können wir die Bedingungen für Start-Ups und Unternehmensgründer verbessern? Dazu war ich mit MdL Andreas Jäckel bei Hoppermobility in Augsburg. Das Unternehmen entwickelt E-Bikes der Zukunft made in Augsburg.

BLICK NACH BERLIN



Die **Pendlerpauschale** entlastet Arbeitnehmer bei ihren Aufwendungen zum Arbeitsplatz zu gelangen. Eine Erhöhung ist bei dauerhaft steigenden Spritpreisen geboten. Das allein genügt nicht. Eine **Absenkung der Mehrwertsteuer** auf Energie bringt weitere Entlastung und wäre sofort wirksam.



Die zunehmenden finanziellen Belastungen sind gerade für Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen spürbar. Viele von ihnen sind jeden Tag auf ihr Auto angewiesen und dabei den rasant steigenden Spritpreisen ausgeliefert. Es braucht daher dringend Entlastungen!

EEG-UMLAGE

WENN DIE EEG-UMLAGE ABGESCHAFFT WIRD, MUSS DURCH EINE FLANKIERENDE REGULIERUNG SICHERGESTELLT WERDEN, DASS DIESE ENTLASTUNG ZWINGEND UND VOLLSTÄNDIG VON DEN STROMANBIETERN AN DIE KUNDEN WEITERGEBEN WERDEN MUSS.



Die Energiepreise steigen gerade für kleine und mittlere Einkommen spürbar und rasant. Verbraucherinnen und Verbraucher verdienen jetzt Antworten und schnelle Maßnahmen durch die Bundesregierung. Der Heizkostenzuschuss reicht dabei nicht aus. Es braucht jetzt endlich die Abschaffung der EEG -Umlage und Stromsteuer. Diese Entlastungen müssen zwingend direkt und vollständig an die Verbraucher und Kunden zurückfließen. Auch über eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie sollten wir diskutieren!



Der von der Bundesregierung beschlossene **Heizkostenzuschuss** greift zu kurz. Für Menschen mit geringem Einkommen ist er deutlich zu niedrig. Für Normalverdiener fehlen die Antworten. Gebot der Stunde wäre, **EEG-Umlage und Stromsteuer abschaffen, Mehrwertsteuer auf Energie senken!**



STARK STEIGENDE ENERGIEKOSTEN SIND DIE SOZIALE FRAGE DER STUNDE



REDE VON VOLKER ULLRICH IM BUNDESTAG 18. FEBRUAR 2022 ANTRAG: EXPLOSION BEI ENERGIEPREISEN BEKÄMPFEN

Mit unserem Antrag „Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen“ präsentieren wir ein umfangreiches Gesamtpaket an Maßnahmen, um schnell auf die Nöte von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu reagieren.

Der politische Handlungsbedarf ist dringend – die Ampel-Regierung muss sich dem Problem jetzt umfassender als zuvor annehmen! Ihre Flickentaktik geht auf Kosten der vielen Bürger, die sich jeden Tag an der Tankstelle, beim Heizen oder Kochen fragen, ob die kommende Rechnung ihr Budget womöglich übersteigt.

Unser Antrag gibt Verbrauchern tatsächlich und längerfristig Sicherheit: Die Streichung der EEG-Umlage, die reduzierte Umsatzsteuer für Strom-, Gas und Fernwärme sowie die extreme Reduktion der Stromsteuer von 20,5 EUR/MWh auf 1 EUR/MWh für private Nutzung senken Energiekosten für alle spürbar sofort und verlässlich.

Auch die kurzfristigen Kündigungen zahlreicher Stromanbieter nehmen wir in den Blick: Die Nachhaltigkeit und Solidität der Geschäftsmodelle der Versorger muss effektiv kontrolliert werden. Wer bereits gekündigt wurde, muss nun schnell Gewissheit darüber erhalten, ob dies rechtswidrig war und ein Anspruch auf Schadensersatz besteht. Die Tarife der Grundversorger sollten zukünftig eine faire Verteilung der Kostenbelastung von Neu- und Bestandskunden gewährleisten. Wir gehen mit diesem Antrag voran – jetzt wird es Zeit, dass die Regierung aufwacht und die Probleme der Menschen bei der Wurzel packt, statt immer neue Pflaster aufzubringen!

Frau Präsidentin!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Menschen erwarten ganz konkrete und schnell wirksame Lösungen in Bezug auf die steigenden Gas- und Energiepreise. Nicht wenige fragen sich: Was ist bezahlbar, die warme Wohnung oder der Sportunterricht für die Kinder? Eine Steigerung von 40 Prozent bei den Energiepreisen bedeutet eine neue soziale Frage. Aber auch für Unternehmen in der Glas-, Keramik- und Druckindustrie ist die Wettbewerbsfähigkeit längst gefährdet, ja mehr, es stehen Arbeitsplätze ganz konkret auf dem Spiel. Wer jetzt bei den hohen Energiepreisen nicht sofort handelt, muss sich vorwerfen lassen, die Menschen im Stich zu lassen und die Arbeitsplätze zu gefährden. Wir brauchen schnell wirksame Lösungen.

Die Bundesregierung ist nicht ursächlich für die hohen Energiepreise, aber wenn sie jetzt nicht handelt, wird sie verantwortlich werden. Wenn Sie jetzt nicht alles in die Wege leiten, um die Preise zu senken, dann führt der Einkommensverlust der Mittelschicht zu - Ihrer! - sozialen Kälte in diesem Land. Die Vorschläge, die Sie auf den Tisch gelegt haben, reichen nicht aus. Der Heizkostenzuschuss ist zu niedrig und in der Ausgestaltung zu ungenau. Das Klimageld, das eines Tages kommen soll, ist überhaupt nicht administrierbar, weil man nicht weiß, wie man das Geld den Menschen zurückgeben kann. Entscheidend ist, dass wir mit Maßnahmen dort ansetzen, wo sie sofort wirksam sind. Die Menschen müssen sofort etwas davon haben und spüren, dass der Staat sie bei den steigenden Energiekosten entlastet. Das ist der Kern unseres Antrags.

**REDE VON VOLKER ULLRICH IM BUNDESTAG
18. FEBRUAR 2022
ANTRAG: EXPLOSION BEI ENERGIEPREISEN
BEKÄMPFEN**

Was wollen wir? Wir wollen die Stromsteuer auf das europäische Minimum senken. Wir wollen die Umsatzsteuer für Energieleistungen von 19 auf 7 Prozent absenken. Wir wollen die Abschaffung der EEG-Umlage vorziehen. Wir wollen aber auch regulatorisch sicherstellen, dass die Energieversorgungsunternehmen diese Absenkungen an ihre Kunden weitergeben. Das ist regulatorisch möglich. Das wird ganz klar eine erhebliche Entlastung bedeuten.

Es geht aber auch um die konkreten Vertragsbeziehungen von Verbrauchern zu ihren Energielieferanten. Wir haben in den letzten Monaten festgestellt, dass viele Billigstromanbieter und viele Billiggasanbieter von heute auf morgen gekündigt haben. Dadurch war oftmals Post des Grundversorgers im Briefkasten, und damit stand eine bis zu zweihundertprozentige Erhöhung im Raum. Es muss durch Regulierung sichergestellt werden, dass Stromanbieter nicht von heute auf morgen kündigen können, dass es eine Kündigungsfrist gibt und dass Stromanbieter - gerade im Niedrigpreissegment - solide und seriös sind, dass ihr Geschäftsmodell trägt und dass jemand, der auf eine Lieferung vertraut, diese Lieferung auch erhält. Das muss diese Bundesregierung durch Regulierung sicherstellen.

Bei aller Wertschätzung auch für die Lokalstromversorger: Wir müssen noch mal im Kartellrecht an die Frage herangehen, inwieweit eine zu große Spreizung zwischen Grundtarif und Normaltarif tatsächlich angebracht ist. Die Menschen müssen drauf vertrauen können, dass die Senkungen im Bereich der Energiepreise sofort ankommen. Das entbindet uns nicht von der langfristigen Pflicht, die erneuerbaren Energien auszubauen. Aber jetzt geht es um ganz konkrete Entlastungen, weil die Menschen angesichts steigender Energiepreise ganz konkrete Befürchtungen haben. Diese Probleme müssen wir jetzt lösen.

Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.



Volker Ullrich ✓
@VolkerUllrich

Wenn der Staat durch steigende Inflation mehr Steuereinnahmen hat, muss er diese zurückgeben, sonst kommt es zu schleichenden Steuererhöhungen. Das Problem der kalten Progression ist aktuell. Der Steuertarif muss dringend an die Inflationsrate angepasst werden.



KALTE PROGRESSION

KLEINE UND MITTLERE EINKOMMEN SIND VON DER INFLATION BESONDERS BETROFFEN. SIE BRAUCHEN EINE ENTLASTUNG IM STEUERRECHT!

DIE AMPEL-REGIERUNG MUSS DIE KALTE PROGRESSION WIRKSAM BEKÄMPFEN.



Die massiv gestiegene Inflationsrate in Deutschland führt zu einer Belastung der Menschen mit vor allem kleinen und mittleren Einkommen. Es ist daher auch klar eine soziale Frage wie die Bundesregierung darauf reagiert. Eine entsprechende Reaktion steht bei der Ampel bislang weiterhin aus. Auch die FDP hat bei der Bundestagswahl anderes versprochen. Die Kalte Progression muss jetzt effektiv bekämpft werden!



*Frau Präsidentin!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!*

Impfungen gegen das Coronavirus haben unbestreitbar Leben gerettet und schwere Verläufe reduziert. Wir verdanken gesellschaftlich diesen Impfungen viel. Das muss Grundlage unserer Debatte sein.

Die Einführung einer allgemeinen gesetzlichen Impfpflicht jedoch muss gut begründet sein und den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit entsprechen, also geeignet, erforderlich und angemessen sein. Es sind viele Fragen offen, die zwingend zu beantworten sind.

Eine allgemeine Impfpflicht würde gegen die Omikron-Welle im Augenblick nichts mehr nutzen. Es sind Fragen offen, die zwingend beantwortet werden müssen. Wer eine Pflicht festlegt, muss sie zwingend konkretisieren: Wie soll eine Impfpflicht aussehen? Mit welchen Impfstoffen und in welchen Abständen gegen welche Varianten soll eine Impfpflicht verpflichtend sein?

Die Frage ist auch, ob das Ziel, also die Entlastung des Gesundheitswesens und der Übergang von einer Pandemie zu einer Endemie, tatsächlich durch die Impfungen erreicht werden kann, und dies vor dem Hintergrund, dass - auch mit dem Wissen, dass Solidarität und Freiheit wichtige Kategorien sind - der Fremdschutz im Augenblick nur sehr eingeschränkt möglich ist, weil Menschen, die sich impfen lassen, nach wie vor infektiös sein können und andere anstecken, auch wenn es abgemildert ist.

Diese Fragen müssen zwingend geklärt werden. Dazu brauchen wir die Datenbasis, und dazu muss auch die Bundesregierung ihren Teil beitragen.

Es muss auch darüber gesprochen werden, welche Altersgruppen einer möglichen Impfpflicht unterworfen sein sollten. Gerade jüngere Menschen haben geringe Hospitalisierungsraten. Es wäre möglicherweise unverhältnismäßig, sie und diejenigen, die typischerweise sehr viel stärker von diesem Virus betroffen sind, gleichzubehandeln.

REDE VON VOLKER ULLRICH IM BUNDESTAG 26. JANUAR 2022 DEBATTE UM EINE IMPFPFLICHT

Eine mögliche Impfpflicht, meine Damen und Herren, muss auch umsetzbar und rechtsstaatlich durchsetzbar sein. Sie kann und darf keine reine Symbolik werden. Eine Impfpflicht als bloßer Appell wäre schwer zu rechtfertigen.

Klar, eine Impfpflicht ist kein Impfwang. Aber es gibt in Deutschland kein Impfregister. Der Impfstatus eines jeden Einzelnen ist nicht bekannt. Das ist rechtsstaatlich nicht unerheblich, weil nach unseren rechtsstaatlichen Grundsätzen der Staat in einem möglichen Bußgeldverfahren nachweisen muss, ob jemand nicht geimpft ist. Das gelingt aber wegen eines fehlenden Impfregisters nur sehr schwer. Ohne Register wird nur ein Verstoß gegen eine Impfnachweispflicht übrig bleiben. Aber ein fehlender Impfnachweis ist eben keine fehlende Impfung.

Deswegen: Vor dem Hintergrund grundsätzlicher rechtsstaatlicher Gesichtspunkte muss auch die Frage der Durchsetzbarkeit unbedingt gelöst werden, und das ist keine Frage des Gewissens, sondern eine Frage des Verwaltungsvollzugs und der Gerichtsbarkeit. Auch hier braucht es eine Haltung der Bundesregierung.

Vor dem Hintergrund der Verhältnismäßigkeit müssen alle Fragen diskutiert werden. Wir müssen weiter für Impfungen werben, wir müssen die Impfkampagne nach vorne bringen, wir müssen die Kapazitäten im Gesundheitswesen ausbauen. Medikamentöse Therapien sind wichtig und können zu einer Änderung der Pandemielage führen. Und es muss auch weiter für Vertrauen geworben werden. Die Änderung des Genesenenstatus hat nicht Vertrauen herbeigeführt, sondern ein solches eher zerstört.

Deshalb müssen wir uns gesamtgesellschaftlich viele Punkte überlegen, wie wir die Pandemie beenden können. Eine allgemeine Impfpflicht muss auf alle Fälle dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Dafür sind noch viele Fragen zu klären. Lassen Sie uns das gemeinsam angehen.

IMRPESSUM

Herausgeber: Dr. Volker Ullrich, MdB
Heilig-Kreuz-Straße 24, 86152 Augsburg
Telefon: 0821 5047 9440
volker.ullrich.wk@bundestag.de
www.volker-ullrich.de

